

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 14:**

Auslegung, Betriebsvermögen, Erbschaftsteuer, Feststellung, Gewerbebetrieb, Gleichheit, Grundstück, Parkhaus, Parkplatz, Rechtsnorm, Schonvermögen, Sonstiges, Steuerbefreiung, Steuererleichterung, Verfassung, Vermietung, Verwaltungsvermögen

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 1761/24

Parkhaus als erbschaftsteuerrechtlich nicht begünstigtes Verwaltungsvermögen
--Verfassungsbeschwerde--

■ **AO § 171 Abs 5 S 7:**

Ablaufhemmung, Festsetzungsfrist, Steuerhinterziehung, Gesamtrechtsnachfolge

Bundesfinanzhof Az: VIII R 17/24

Kommt eine Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 5 Satz 1 AO auch zur Anwendung, wenn steuerliche Ermittlungshandlungen der Behörden des Zollfahndungsdienstes oder der Steuerfahndung im Sinne dieser Vorschrift erst nach Ablauf der regulären Festsetzungsfrist, aber noch innerhalb der nach § 171 Abs. 7 AO gehemmten Festsetzungsfrist erfolgen (hier: im Fall einer Steuerhinterziehung mit Gesamtrechtsnachfolge)?

■ **AO § 191 Abs 1:**

Duldungsbescheid, Kontokorrent, Gläubiger, Vorsatz

Bundesfinanzhof Az: VII R 13/24

Duldungsinanspruchnahme - Kenntnis über die Gläubigerbenachteiligungsabsicht - Wissenszurechnung:

Finden die Grundsätze für eine Wissenszurechnung nach dem Rechtsgedanken des § 166 BGB im Falle einer Duldungsinanspruchnahme des Kontoinhabers im Rahmen von § 3 Abs. 1 AnfG Anwendung, wenn der Kontoinhaber seinem Ehepartner eine Kontovollmacht erteilt und der Ehepartner sodann dem Steuerschuldner das Konto zur Nutzung zur Verfügung stellt oder auf dessen Weisung Verfügungen über das Konto legitimiert? Ist die Kenntnis über die Gläubigerbenachteiligungsabsicht des Steuerschuldners über den Ehepartner dem Kontoinhaber als Duldungsschuldner zuzurechnen?

■ **AO § 233a Abs 8 S 1:**

Erlass, Nachzahlungszinsen, Freiwillige Zahlung, Selbstanzeige

Bundesfinanzhof Az: VIII R 20/24

Wie sind die Tatbestandsmerkmale des § 233a Abs. 8 Satz 1 AO auszulegen und wie ermittelt sich die Höhe des Zinserlasses im Sinne des § 233a Abs. 8 Satz 1 AO, wenn sich der Wille über die Verwendung einer freiwilligen Zahlung im Rahmen einer Selbstanzeige im späteren Verlauf des Verfahrens geändert hat?

■ AO § 237:

AdV, Zinsen, Aussetzungszinsen, Gleichbehandlung, Gleichheit, Höhe, Normenkontrolle, Verzinsung, Vorteilsabschöpfung, Willkür, Zeitraum, Zinshöhe, Zinssatz

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvL 8/24

Verfassungsmäßigkeit des Zinssatzes für die Erhebung von Zinsen bei AdV

--Normenkontrollverfahren--

■ AO § 45 Abs 2:

Erbe, Haftung, Insolvenz

Bundesfinanzhof Az: VII R 37/23

Umfasst die Beschränkung der Erbenhaftung nach § 45 Abs. 2 AO i.V.m. § 1975 BGB auch die auf den Aufgabegewinn entfallenden Steuern? Führt die bloße Untätigkeit nach Annahme der Erbschaft regelmäßig dazu, dass neu entstehende Verbindlichkeiten in den Verantwortungsbereich des Erben übergehen und damit Eigenverbindlichkeiten oder Nachlasserbenschulden darstellen? Ist ein Antrag auf Insolvenzeröffnung über eine zum Nachlass gehörende Gesellschaft nach Anfall des Erbes durch die Erben als Geschäftsführer als "unschädliche Handlung" einzuordnen? Ist es unerheblich, ob die Nachlassverbindlichkeit im Sinne des § 1967 Abs. 2 BGB vor oder nach der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens bzw. der Anordnung der Nachlassverwaltung entstanden ist?

■ AO § 45 Abs 2:

Erbe, Haftung, Insolvenz

Bundesfinanzhof Az: VII R 38/23

Umfasst die Beschränkung der Erbenhaftung nach § 45 Abs. 2 AO i.V.m. § 1975 BGB auch die auf den Aufgabegewinn entfallenden Steuern? Führt die bloße Untätigkeit nach Annahme der Erbschaft regelmäßig dazu, dass neu entstehende Verbindlichkeiten in den Verantwortungsbereich des Erben übergehen und damit Eigenverbindlichkeiten oder Nachlasserbenschulden darstellen? Ist ein Antrag auf Insolvenzeröffnung über eine zum Nachlass gehörende Gesellschaft nach Anfall des Erbes durch die Erben als Geschäftsführer als „unschädliche Handlung“ einzuordnen? Ist es unerheblich, ob die Nachlassverbindlichkeit im Sinne des § 1967 Abs. 2 BGB vor oder nach der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens bzw. der Anordnung der Nachlassverwaltung entstanden ist?

■ BewG § 188 Abs 2:

Gesonderte Feststellung, Grundbesitzwert, Gutachterausschuss, Ertragswertverfahren

Bundesfinanzhof Az: II R 15/24

Verstößt die Bewertung eines Mietwohngrundstücks im typisierten Ertragswertverfahren unter Zugrundelegung der von den örtlichen Gutachterausschüssen für steuerliche Zwecke veröffentlichten Liegenschaftszinssätze gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn die Bewertung unter Zugrundelegung der gesetzlichen Zinssätze die sogenannte Streubreite von +/-20 % übersteigt?

■ BGB § 1922:

Berliner Testament, Jastrow'sche Klausel, betagtes Vermächtnis, Besteuerung, Ehegatten,

Vermächtnisverbindlichkeit, Nachlassverbindlichkeit, Fälligkeit, Abziehbarkeit, Erb, Erbschaftsteuer, Verfassung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 1381/24

Jastrowsche Klausel im Berliner Testament - Besteuerung eines betagten Vermächtnisses--Verfassungsbeschwerde--

■ **BrStV § 13 Abs 2:**

Branntweinsteuer, Steuerentstehung, Anzeige, Vernichtung

Bundesfinanzhof Az: VII R 34/23

Branntweinsteuer - Vernichtung von vergälltem und unvergälltem Alkohol ohne vorherige Vernichtungsanzeige - Steuerentstehungstatbestand der zweckwidrigen Verwendung: Darf eine Vernichtungsanzeige nach § 13 Abs. 2 der Branntweinsteuerverordnung verlangt werden, wenn es sich bei den zu vernichtenden Erzeugnissen um "Restmengen" vergällten Alkohols im Sinne der Verwaltungsvorschrift E-VSF V 23 10-8-1 handelt?

■ **ErbStG § 13 Abs 1 Nr 15:**

Schenkungssteuer, Stiftung

Bundesfinanzhof Az: II R 12/24

Dient eine Schenkung nur dann im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 15 Alternative 2 ErbStG "ausschließlich Zwecken eines Landes", wenn das Land die Zwecke zuvor hinreichend bestimmt und selbst festgelegt hat? Wann gilt die ausschließliche Verwendung einer Zuwendung zu kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 17 ErbStG als "gesichert"?

■ **ErbStG § 13a Abs 1 S 2:**

Schenkungssteuer, Vorerwerb, begünstigtes Vermögen

Bundesfinanzhof Az: II R 22/24

Sind bei der Prüfung der Großerwerbsschwelle nach § 13a Abs. 1 Satz 1 und 2 ErbStG auch Erwerbe, für die die Steuer in dem Zehnjahreszeitraum vor dem 01.07.2016 entstanden ist, dem Grunde nach einzubeziehen? Ist dabei das begünstigte Vermögen um den Wert etwaiger Nießbrauchsbelastungen zu kürzen?

■ **ErbStG § 7 Abs 8:**

Schenkungssteuer, Wertzuwachs, Kapitalanlagegesellschaft, Unentgeltlichkeit

Bundesfinanzhof Az: II R 19/24

Verlangt § 7 Abs. 8 Satz 1 ErbStG, dass die Werterhöhung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, die eine an der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligte natürliche Person (Bedachte) durch die Leistung einer anderen Person (Zuwendender) an die Gesellschaft erlangt, ein subjektives Merkmal im Sinne eines Bewusstseins bezüglich der Unentgeltlichkeit der Leistung?

■ **ErbStG § 9 Abs 1 Nr 2:**

Schenkung, Betriebsvermögen, Grundstück, Zeitpunkt

Bundesfinanzhof Az: II R 18/24

Schenkungsteuerrechtliche Betrachtung eines ganzen Gewerbebetriebs: Sind für die Anwendung des § 13b ErbStG alle Aktiva und Passiva eines Gewerbebetriebs einschließlich der im Betriebsvermögen (und nicht als Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens) enthaltenen Grundstücke zeitgleich zu übertragen?

■ **EStG § 15a:**

Einlagekonto, Stille Gesellschaft, Ausscheiden

Bundesfinanzhof Az: XI R 18/24

Steuerliche Geltendmachung eines negativen Einlagenkontos eines stillen Gesellschafters bei der GmbH als Geschäftsinhaberin bei Ausscheiden des stillen Gesellschafters?

■ **EStG § 20 Abs 1 Nr 7:**

Kapitalforderung, Zwischenschaltung, Optionsschein, Gold, Tauschähnlicher Vorgang

Bundesfinanzhof Az: VIII R 23/24

1. Handelt es sich bei der Ausübung der eines Gold-Warrants innewohnenden Kaufoption um eine Einlösung einer sonstigen Kapitalforderung im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG? 2. Kommt es für die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen darauf an, ob die den verbrieften Optionsschein ausgebende Emittentin das zum Erwerb des Optionsscheins erhaltene Kapital in den Basiswert investiert oder auf andere Weise für sich nutzbar macht?

■ **EStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Private Veräußerungsgeschäfte, vorweggenommene Erbfolge, Teilentgeltlichkeit

Bundesfinanzhof Az: IX R 17/24

Sind teilentgeltliche Übertragungen von Immobilien im Wege der vorweggenommenen Erbfolge unterhalb der historischen Anschaffungskosten nicht als tatbestandliche Veräußerungen im Sinne des § 23 des Einkommensteuergesetzes zu werten?

■ **EStG § 3 Nr 11a:**

Arbeitslohn, Sonderleistungen, Corona-Sonderzahlung

Bundesfinanzhof Az: VI R 25/24

Konnte ein Arbeitgeber Sonderleistungen wie beispielsweise Urlaubsgeld, worauf arbeitsrechtlich kein Anspruch bestand, teilweise als steuerfreie Corona-Sonderzahlung nach § 3 Nr. 11a des Einkommensteuergesetzes auszahlen?

■ **EStG § 32a Abs 1 S 2:**

Grundfreibetrag, Verfassung, Existenzminimum, Bürgergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 26/24

Ist § 32a Abs. 1 Satz 2 EStG (i.d.F. des InflAusG) – in den für die Jahre 2023 und 2024 geltenden Fassungen – mit dem Grundgesetz unvereinbar, weil steuerpflichtige Bürger durch die darin normierten Grundfreibeträge schlechter gestellt werden als Empfänger von Bürgergeld?

■ **ESTG § 44 Abs 1 S 4 Nr 3 Buchst a:**

Kapitalertragsteuer, Nachforderung, Dividende, Steuerabzug

Bundesfinanzhof Az: VIII R 18/24

Ob und unter welchen Voraussetzungen kann ein inländisches Kreditinstitut auszahlende Stelle im Sinne des § 44 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 Buchst. a EStG sein, wenn es eigene Wertpapiere in einem Depot bei einem anderen inländischen Kreditinstitut hinterlegt und von diesem anderen Kreditinstitut die Dividendenerträge vereinnahmt?

■ **GewStG § 9 Nr 2a S 1:**

Gewerbesteuer, Kürzung, Kapitalgesellschaft, Anteil, Gewinn

Bundesfinanzhof Az: I R 12/24

Welche Bedeutung kommt dem Tatbestandsmerkmal des § 9 Nr. 2a Satz 1 GewStG "nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaft" konkret zu?

■ **GrEStG § 3 Nr 6:**

Grunderwerbsteuer, Grunderwerbsteuer-Befreiung, Verschulden, Fristversäumnis, Nachträgliches Bekanntwerden

Bundesfinanzhof Az: II R 17/24

Begründet die unterlassene Einlegung eines Einspruchs ein grobes Verschulden am nachträglichen Bekanntwerden der steuermindernden Tatsache, wenn vor Erlass des Steuerbescheides keine Anzeigepflicht nach § 19 GrEStG bestand?

■ **GrEStG § 6a:**

Grunderwerbsteuer, Sachgründung, Frist

Bundesfinanzhof Az: II R 13/24

Ist § 6a Satz 4 GrEStG auch bei der Einbringung durch Sachgründung teleologisch zu reduzieren?

■ **GrEStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Forstwirtschaft, Bemessungsgrundlage, Scheinbestandteil, Feststellungslast

Bundesfinanzhof Az: II R 23/24

Ist der Wert der auf einem Grundstück stehenden Bäume auch dann aus der Bemessungsgrundlage auszuschließen, wenn --anders als in den BFH-Urteilen vom 25.01.2022 - II R 36/19 und vom 23.02.2022 - II R 45/19-- keine Aufteilung des Kaufpreises im Grundstückskaufvertrag erfolgt ist? Wer trägt in diesem Fall die objektive Feststellungslast dafür, dass bereits im Zeitpunkt von Aussaat oder Pflanzung die Absicht bestand, die Gehölze (Forstpflanzen) später wieder zu entnehmen?

■ **KStG § 8b Abs 2:**

Veräußerungsgewinn, Aktie, Wertpapierleihe, Teilwertabschreibung, Steuerfreiheit

Bundesfinanzhof Az: I R 10/24

Findet § 8b Abs. 2 KStG auf gestiegene Aktienwerte Anwendung, wenn die vorhergehende Minderung des Aktienkurses zu einer Zeit erfolgt war, als sich die gegenständlichen Aktien wegen einer "Wertpapier-Leihe" nicht im Betriebsvermögen des Steuerpflichtigen befanden?

■ **KStG § 8b Abs 3 S 4:**

Veräußerungsgewinn, Anteilsveräußerung, Betriebsausgabe, Abzugsverbot

Bundesfinanzhof Az: I R 11/24

Zum Anwendungsbereich des Abzugsverbots nach § 8b Abs. 3 Satz 4 ff. KStG1. Ist eine Nähebeziehung zu einer natürlichen Person durch § 8b Abs. 3 Satz 5 KStG auch erfasst?2. Betrifft die Wirkung des § 8b Abs. 3 Satz 4 KStG auch Zinsen?

■ **KStG § 8b Abs 7 S 2:**

Wandelanleihe, Veräußerungsgewinn, Atypische stille Gesellschaft, Verlustverrechnung, Sonderbetriebsausgabe

Bundesfinanzhof Az: I R 13/24

1. Ist ein im Zusammenhang mit der Rückzahlung einer Pflichtwandelanleihe (mandatory convertible bond) erzielter Gewinn als steuerfreier Veräußerungsgewinn nach § 8b KStG zu behandeln?2. Unterfallen im Zusammenhang mit einer Beteiligung an einer atypisch stillen Gesellschaft angefallene Refinanzierungsaufwendungen, welche dem Sonderbetriebsvermögensbereich zuzuordnen sind, der Verlustverrechnungsbeschränkung des § 15 Abs. 4 Satz 6 EStG?

■ **StromStG § 9 Abs 1 Nr 2:**

Stromsteuer, Befreiung, Entnahme, Stromerzeugung, Umfang

Bundesfinanzhof Az: VII R 12/24

Zur Frage des Umfangs der Stromsteuerbefreiung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 StromStG bei der Stromerzeugung und Fernwärmeerzeugung in einer Müllverbrennungsanlage:1. Sind Stromentnahmen in Neben- und Hilfsanlagen einer Müllverbrennungsanlage solche, die unmittelbar zum technologischen Prozess der Stromerzeugung beitragen und damit von der Stromsteuer zu befreien? Sind die in vorgelagerten Prozessen der Müllverbrennung entnommenen Strommengen steuerfrei oder der nicht begünstigten Brennstoffherstellung zuzuordnen?2. Dienen Stromentnahmen dem Zweck der Stromerzeugung unmittelbar, wenn der zentrale, mit der Stromentnahme verbundene Zweck nicht die Stromerzeugung selbst, sondern ein anderer -hier die Abfallbeseitigung- ist? Kommt es für die Beurteilung der Steuerbefreiung auf die Frage an, ob die Stromerzeugung als bloßer Nebenzweck zum Hauptzweck -hier die Müllverbrennung- anzusehen ist?

■ **StromStG § 9 Abs 1 Nr 2:**

Stromsteuer, Befreiung, Entnahme, Stromerzeugung, Umfang

Bundesfinanzhof Az: VII R 9/24

Zur Frage des Umfangs der Stromsteuerbefreiung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 StromStG bei der Stromerzeugung und Fernwärmeerzeugung in einer Müllverbrennungsanlage:1. Sind Stromentnahmen in Neben- und Hilfsanlagen einer Müllverbrennungsanlage solche, die unmittelbar zum technologischen Prozess der Stromerzeugung beitragen und damit von

der Stromsteuer zu befreien? Sind die in vorgelagerten Prozessen der Müllverbrennung entnommenen Strommengen steuerfrei oder der nicht begünstigten Brennstoffherstellung zuzuordnen? 2. Dienen Stromentnahmen dem Zweck der Stromerzeugung unmittelbar, wenn der zentrale, mit der Stromentnahme verbundene Zweck nicht die Stromerzeugung selbst, sondern ein anderer -hier die Abfallbeseitigung- ist? Kommt es für die Beurteilung der Steuerbefreiung auf die Frage an, ob die Stromerzeugung als bloßer Nebenzweck zum Hauptzweck -hier die Müllverbrennung- anzusehen ist?

■ **TabStG § 2 Abs 1 Nr 5 S 1:**

Tabaksteuer, Tabak, Unionsrecht, Grundgesetz

Bundesfinanzhof Az: VII R 11/24

Tabaksteuer - Zusatzsteuer ab 01.01.2022 auf erhitzten Tabak gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 TabStG i.d.F. des Tabaksteuermodernisierungsgesetzes vom 10.08.2021 - Vereinbarkeit mit Unionsrecht und Verfassungsrecht: Handelt es sich bei der Zusatzsteuer auf erhitzten Tabak um eine "andere indirekte Steuer" im Sinne des Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 2008/118/EG, bei der ein "besonderer Zweck" angenommen werden kann? Ist die Zusatzsteuer auf erhitzten Tabak mit dem allgemeinen Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar?

■ **UStG § 4 Nr 12 S 1 Buchst a:**

Umsatzsteuerbefreiung, Bestattung, Vermietung, Kühlraum, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 31/23

Zur Steuerpflicht von im Bereich des Bestattungswesens erbrachten Leistungen: Stellt die Überlassung von Kühlräumen und -zellen zur Leichenaufbewahrung, von Räumlichkeiten zur Abhaltung von Trauerfeiern sowie die sog. hygienische Totenversorgung durch ein Bestattungsunternehmen eigenständige Hauptleistungen dar, die nach § 4 Nr. 12 Satz 1 Buchst. a UStG steuerfrei sind?

■ **UStG § 4 Nr 14 Buchst a:**

Umsatzsteuerbefreiung, Heilbehandlung, Medizinisches Versorgungszentrum, Arzt, Care-plus-Vertrag, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 5/24

Leistungen eines medizinischen Versorgungszentrums aufgrund von Kooperationsverträgen mit Pflegeheimen: Sind Umsätze eines medizinischen Versorgungszentrums, das in Erfüllung übernommener Pflichten aus Verträgen zur integrierten Versorgung nach § 92b SGB XI und § 140a SGB V wie im Rahmen der gesetzlichen Regelversorgung ärztliche Heilbehandlungen erbracht und im Rahmen von Kooperationsverträgen Ärzte verpflichtet hat, welche die persönlichen Voraussetzungen des § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG erfüllen, umsatzsteuerfrei, weil die Umsätze aus sog. "Care-plus-Verträgen" entweder medizinische Leistungen nach § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG oder damit zusammenhängende Nebenleistungen darstellen?